

Stellungnahme von Sebastian Baunack

„Mißverständnisse sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, daß Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt. Alles zu justifizieren, was die diversen Regierungen Israels unternehmen fällt mir nicht ein. Meine persönlichen Beziehungen zu diesem Land, von dem Thomas Mann in der Josephs-Tetralogie gesagt hat, es sei „ein Mittelmeer-Land, nicht gerade heimatlich etwas staubig und steinig“, sind quasi null: Ich habe es niemals besucht, spreche seine Sprache nicht, seine Kultur ist mir auf geradezu schmäbliche Weise fremd, seine Religion ist nicht die meine. Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das Irgendeines anderen.“¹

Jean Améry, Der ehrbare Antisemitismus, Die Zeit, 25. Juli 1969

Die Entscheidung der VDJ, den Aufruf „10 Years after the Advisory Opinion on the Wall in Occupied Palestine: Time for Concrete Action“ zu unterstützen, ist mit Hinblick auf die Grundüberzeugung linker antifaschistischer Rechtspolitik nicht zu tragen. Der Aufruf kulminiert in folgender Forderung: „Among the available measures are: Implementing trade, military and/or diplomatic sanctions as a countermeasure“. Der Aufruf fordert demnach diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sanktionen gegen den Staat Israel.

Dies verkennt folgendes:

In einer linken antifaschistischen Rechtspolitik muss klar erkennbar und deutlich sein, dass Israel als Schutzort für jüdische Menschen nach der Shoa besteht und bestehen muss und dass es bei allem Unbill und aller Hässlichkeit seiner Handlungen als Besatzungsmacht auch in der Lage sein muss, den Schutz seiner Bevölkerung vor antisemitischen Angriffen sicherzustellen. Dies schließt aus, dass (deutsche) Linke Boykotte oder Sanktionen gegen Israel fordern, insbesondere militärische Sanktionen.

Israel ist Konsequenz aus der Shoa und den Vernichtungslagern der deutschen Nationalsozialisten und ihrer zahlreichen Kollaborateure. Er wurde von jüdischen Freiheitskämpfern in einem Unabhängigkeitskampf gegen das britische Mandat und gegen den erbitterten Widerstand des mit Hitler kooperierenden Muftis von Jerusalem erkämpft.² Der Zivilisationsbruch der Shoa macht einen jüdischen Staat als Bollwerk gegen antisemitische Verfolgung für Jüdinnen und Juden in aller Welt auch heute noch zu einer Notwendigkeit.

Israel ist ein kleines Land, kaum größer als Brandenburg. In ihm leben sechs Millionen Menschen aus über 140 Ländern. Israel ist damit ein multiethnischer Staat, welchen einzig eint, dass er der einzige jüdische Staat auf der Welt ist und in Zeiten des Antisemitismus einen Schutzraum für Jüdinnen und Juden vor der Gewalt des eliminatorischen Antisemitismus bietet. Und antisemitische Gewalttaten nehmen ständig zu, wie nicht nur der jüngste Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel zeigt.³ Darüber hinaus ist Israel der einzige demokratische Staat im Nahen Osten, welcher Schutzrechte für

¹ <http://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus>

² http://www.ns-archiv.de/verfolgung/antisemitismus/mufti/in_berlin.php

³ <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/themen/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle-1/>

(insbesondere homosexuelle und queere) Minderheiten bietet. Die großen, mächtigen und rohstoffreichen arabischen Monarchien und Diktaturen, welche Israel umgeben, haben den jüdischen Staat direkt nach seiner Gründung mit vereinter Waffengewalt angegriffen, mit dem Ziel, den Pionierstaat zu zerstören und alle Juden zu vertreiben. Erneute Angriffe folgten im Sechs Tage Krieg und im Jom-Kippur Krieg. Lediglich Jordanien und Ägypten schlossen in der Folge Frieden mit Israel, insbesondere die libanesische Regierung und die syrische Regierung waren bis heute dazu nicht bereit. Das islamistische iranische Regime ruft heute stärker denn je zur Zerstörung Israels auf.⁴ Die existentielle Bedrohung Israels ist insoweit real.

Die arabische Bevölkerung, welche die Angriffe der arabischen Staaten auf Israel unterstützte und mit ihrer Niederlage floh oder vertrieben wurde, findet bis heute keine Anerkennung und Rechte in diesen arabischen Staaten. Daraus resultiert viel Leid. Die Nachkommen dieser Geflüchteten werden als Druckmittel dieser Staaten gegen den Nachbarn eingesetzt. Internationaler Druck auf diese Staaten, den Flüchtlingen und insbesondere heute ihren Nachkommen gleiche Staatsbürgerrechte in den arabischen Zielstaaten zu gewähren, findet nicht statt. Gefordert wird stattdessen ein Recht aller Nachkommen der damals Vertriebenen, sich in Israel niederzulassen. Was mit Hinblick auf die deutschen Vertriebenen des zweiten Weltkriegs zu Recht als reaktionäre Forderung des Bundes der Vertriebenen anerkannt wird, wird im Hinblick auf Israel auch von deutschen Linken bereitwillig legitimiert.

Ein Frieden mit Israel wird nicht nur durch die arabischen Staaten und das iranische Regime torpediert, sondern wird auch durch politische Bewegungen in den Autonomiegebieten nicht gewollt. Die politischen Akteure in den Autonomiegebieten, insbesondere die rechten islamistischen Bewegungen islamischer Dschihad und die Hamas, streben ebenso wenig wie der sie finanzierende Iran eine Zweistaatenlösung an. In der Charta der Hamas ist eindeutig wie folgt festgelegt:

„Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.“⁵

Folgerichtig haben diese dominanten politischen Gruppierungen zu keinem Zeitpunkt Frieden mit dem jüdischen Staat geschlossen, sondern führen seit Jahrzehnten ständige Angriffe und Selbstmordattentate durch. Allein am 7. Juli 2014 wurden aus dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen 85 Raketen auf Israel gefeuert.⁶ Der israelische Staat verhält sich so, wie sich jeder Nationalstaat verhält, dessen Nachbarn seine Zerstörung fordern und ihn militärisch angreifen: er setzt sich militärisch zur Wehr. Dies ist aus antimilitaristischer Sicht zu kritisieren, aber eine andere Möglichkeit, die andauernden Angriffe zu unterbinden, ist nicht ersichtlich. Der israelische Staat hat auch eine Sperranlage gebaut, um Anschläge auf seine Zivilbevölkerung zu reduzieren. Der Verlauf dieses Sperrzauns ist von verschiedenen Gerichten als nicht rechtmäßig angesehen worden, so auch vom obersten israelischen Gerichtshof.⁷ Dies ändert jedoch nichts daran, dass das tatsächliche Bestehen der Sperranlage anscheinend dazu geführt hat, dass die Zahl der durch Anschläge verletzten und getöteten Menschen sich deutlich reduziert hat.⁸ Und jedes gerettete Menschenleben ist es wert, diese Sperranlage solange aufrecht zu erhalten, bis die Autonomiebehörde Willens und in der Lage ist, die Anschläge zu unterbinden.

⁴ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37989/rede-ahmadinedschads?p=all>

⁵ <http://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Die%20radikalislamische%20Terrororganisation%20Hamas.pdf>

⁶ <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/1.603472>

⁷ http://www.nytimes.com/2007/09/05/world/middleeast/05mideast.html?_r=0

⁸ <http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/saving%20lives-%20israel-s-%20anti-terrorist%20fence%20-%20answ.aspx>

Die Linke in Westeuropa unterstützte bis zum Sechs Tage Krieg weitgehend das sozialistische israelische Experiment samt seinen Kibbuzim und Moshavim. Nach dem Sechs Tage Krieg veränderte sich dies in Einklang mit der veränderten Position der Sowjetunion und der DDR drastisch. Israel wurde nunmehr als Brückenkopf des US-Imperialismus in der arabischen Welt gesehen. Der Zionismus galt nun nicht mehr als sozialistisch, sondern als rassistisch.⁹ Im Ostblock und den westeuropäischen kommunistischen Parteien wurde nunmehr lieber Bezug auf den arabischen Sozialismus, die PFLP und auf Nasser genommen. Seit aber diese sozialistischen Bewegungen in den palästinensischen Autonomiegebieten verschwunden sind und dort ebenso wie in der gesamten arabischen Welt sich islamistische Bewegungen durchgesetzt haben, hat sich das Verhältnis der Linken zu Israel wieder verändert. Die Revolutionären Zellen erkannten schon 1991 das Problem ihrer bisherigen antizionistischen Linie in ihrer Stellungnahme „Gerd Albartus ist tot“. Sie führten wie folgt aus:

„Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt.“¹⁰

Die außerparlamentarische Linke änderte ihre Position nach den Anschlägen des 11. September 2001. Es bildeten sich zahlreiche Gruppen, welche sich dem aufkeimenden Antisemitismus, welcher sich häufig als Israelkritik tarnte, widersetzen.¹¹ In der Linkspartei gründeten sich der Bundesarbeitskreis Shalom und zahlreiche Landesarbeitskreise, welche gegen den linken Antizionismus anarbeiten.¹² Im Jahr 2010 erteilte auch Gregor Gysi dem linken Antizionismus eine deutliche Absage.¹³

Die Auseinandersetzung der Linken mit Israel und dem Nahostkonflikt ist alt und von Projektionen geprägt. Zu seiner Gründung wurde Israel als sozialistisches Experiment verklärt, später als Apartheitsregime denunziert. Beides ist falsch. Wie Jean Améry richtig ausführte, kommt es nicht darauf an, alles zu rechtfertigen, was die jeweiligen Regierungen im jüdischen Staat für richtig erachten und beschließen. Aber für eine linke antifaschistische Rechtspolitik gilt es anzuerkennen, dass Israel als Schutzort für jüdische Menschen nach der Shoa besteht und bestehen muss. Dies gebietet es auch, dass wenn eine linke Kritik an der Existenz der israelischen Sperranlage erfolgen soll (nicht nur an deren konkretem Verlauf), dann auch gesagt werden muss, wie der jüdische Staat denn die in ihm lebenden Menschen vor den ständigen Anschlägen der islamistischen Gruppen, die sich die Vernichtung Israels in die Charta geschrieben haben, erfolgen soll. Solange diese militanten islamistischen Gruppen sich nicht zum Gewaltverzicht durchringen können, wird es wirksame Schutzmaßnahmen brauchen. Es gilt auch in Frage zu stellen, warum denn eigentlich eine Linke fordert, Waren aus israelischen Siedlungen zu kennzeichnen, während solche Kennzeichnungen doch für keinen anderen Staat der Welt, gleich welche Menschenrechtsverletzungen dort begangen werden, bislang erhoben werden. Und schließlich die Frage, warum deutsche Linke es für wichtig erachten, Israel für eine angeblich gewalttätige Politik zu rügen, es ihr aber keinen Kommentar wert ist, die Forderung des deutschen Bundespräsidenten nach einem verstärkten militärischen

⁹ <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/Thomas-Haury-Antisemitismus-von.html>

¹⁰ <http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn04.htm>

¹¹ <http://conne-island.de/nf/136/28.html>

¹² <http://bak-shalom.de/index.php/materialien-des-bak-shalom/wir/>

¹³ <http://www.rosalux.de/news/37192/absage-an-antizionismus.html>

Engagement des Deutschen Staates in aller Welt zu denunzieren. Kann eine Linke dazu keine Antworten bieten und bedroht weiterhin der gewalttätige Antisemitismus Jüdinnen und Juden weltweit, so sollte die Linke sich Verurteilungen und Boykott- und Sanktionsforderungen gegen Israel enthalten.

All diese Erwägungen stehen der Entscheidung der VDJ entgegen, den Aufruf „10 Years after the Advisory Opinion on the Wall in Occupied Palestine: Time for Concrete Action“ zu unterstützen. Die Unterstützung dieser Stellungnahme stellt insoweit nicht nur eine von mehreren Positionen dar, welche miteinander vereinbar sind, sondern sie widerspricht den oben dargelegten Grundsätzen linker antifaschistischer Rechtspolitik mit Hinblick auf Israel.